

UfSS: Wahlthemen Rente, Vermögensteuer, soziale Gerechtigkeit

by Dieter Neumann - Dienstag, April 04, 2017

<http://ufss.de/?p=1545>



Bild. agenda 2011-2012 Die überzogene Verschuldung Deutschlands wird sich weiter dynamisieren. Deutsche Politik kann nur so gut sein, wie die Werte an die sie sich orientiert

Lehrte, 04.04.2017. Man sollte meinen, dass Parteien in den letzten 3 Jahren ausreichend mit Wünschen und Vorschlägen der Basis versorgt wurden. Nur, sie haben daraus keine Konsequenzen gezogen. Sie haben auch den Menschen vor der letzten Bundestagswahl nicht zugehört, die nach sozialer Gerechtigkeit gerufen haben. Die große Mehrheit der Deutschen stimmte für die Wiedereinführung der „ausgesetzten“ Vermögensteuer.

Seit 1950 hatten es Regierungen relativ leicht Wähler für sich zu gewinnen. Deutschland befand sich im Wiederaufbau mit Vollbeschäftigung. Was an Einnahmen nicht zur Verfügung stand, um Ausgaben zu decken, wurde dem Volk schlicht und ergreifend weggenommen. Mit den Gesetzen zum Notopfer Berlin, Lastenausgleich, Länderfinanzausgleich und Soli wurden Bürger um rund 1.000 Mrd. Euro enteignet. Das Geld wurde an Bedürftige umverteilt. Ohne Enteignungen würden die Staatsschulden heute, inklusiv Zinsen und Zinseszinsen, bei rund 3.500 Mrd. Euro liegen.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen haben die drei Westalliierten auf Forderungen gegenüber Deutschland in Höhe von über 19 Mrd. Euro verzichtet. Die Enteignungen haben Regierungen in die Lage von ausgeglichenen Haushalten versetzt. Das hat sich 1969 schlagartig geändert, als die Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel für Wahlgeschenke rund 2.150 Mrd. Euro (DESTATIS) mehr ausgegeben haben, als der Staat eingenommen hat.

Helmut Kohl hat 1989 die Senkung der Lohnsteuer von 56 auf 42 % auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer ausgesetzt. Kohl, Schröder und Merkel haben auf rund 1.300 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet. Davon hat sich Deutschland bis heute nicht erholt. Im Gegenteil, es wurde aufgesattelt.

Gerhard Schröder hat mit seiner unternehmerfreundlichen Agenda 2010, die von der Mehrheit der SPD abgelehnt wird, Beschäftigte, Arbeitslose und Regelsatzempfänger benachteiligt bzw. produziert und mit Niedriglöhnen und Werkverträgen die Entwicklung negativ beeinflusst. Schröder hat gesetzlich die Bemessungsgrenze der Renten bis 2030 auf 43 % gesenkt. In den letzten 20 Jahren lagen die Rentenerhöhungen deutlich unter den Inflationsraten.

Aufgrund von Zahlungsversprechen der Regierung(en), werden die Schulden Deutschlands bis 2030 um

4.800 Mrd. Euro auf 7.000 Mrd. Euro steigen. Parallel dazu gehen in Deutschland 20 Millionen Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Rentner wird stufenweise auf 40 Millionen steigen. Auch dafür interessiert sich niemand, also weg mit den Problemen, nicht darüber diskutieren und nicht die Öffentlichkeit aufmerksam machen.

Deutschland hat sich kaputtgespart. Und nun versuchen Politiker den Spagat, ohne schlüssige Wahlprogramme und nachvollziehbare Finanzkonzepte, einen Kurswechsel. Martin Schulz steht für soziale Gerechtigkeit. Wenn er kein plausibles Finanzkonzept vorlegt, wird er kläglich scheitern. Die Bürger müssen mit einer Schlammschlacht rechnen.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Ökonomen, Gewerkschaften, Unternehmer, Lobbyisten und Experten, den Kurs ändern werden. Sie tragen gemeinsam Verantwortung für sozialen Stillstand und Sozialabbau, den haben sie nicht verhindert, sondern billigend in Kauf genommen haben.

Diese Entwicklung trug zur Gründung der Initiative Agenda 2011-2012 bei. Sie steht für einen politischen Kurswechsel, politische Bildung, soziale Gerechtigkeit und kämpft für eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates.

Bereits im Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit im Internet ein Reformprogramm zur Diskussion angeboten, das mit einem aktuellen Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Das Gründungsprotokoll ist 2010 als Sachbuch erschienen und in der Staatsbibliothek Berlin aus Authentizitätsgründen hinterlegt. User haben Berichte dazu im Internet über 12 Millionen Mal statistisch aufgerufen, gelesen und runtergeladen.

Union für Soziale Sicherheit (UfSS)

Dieter Neumann

Ahltener Straße 25

31275 Lehrte

Telefon 05132-52919

E-Mail: info@ufss.de

<http://www.ufss.de>

Die Union für soziale Sicherheit (UfSS) befindet sich in Gründung. Sie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, dass sie ein komplexes Programm zur Lösung der Krise anbietet. Welche andere Partei hat ihr Programm, wie die UfSS, 6 Jahre in der Öffentlichkeit getestet bevor sie gegründet wird? Keine! User haben über 12 Mio. Mal Berichte dazu im Internet statistisch aufgerufen, gelesen und runtergeladen.

Die UfSS steht für soziale Gerechtigkeit, Bildung und eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates. Auf der Homepage <http://www.ufss.de> werden die Kernpunkte einer sozialen und bürgerfreundlichen Politik dargestellt. Dafür werden Mitglieder, Gründungs- und Fördermitglieder gesucht. Herzlich Willkommen.

PDF generated by Kalin's PDF Creation Station